

16. 03. 77

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung des Agrarberichts 1977 der Bundesregierung
— Drucksachen 8/80, 8/81 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

- mit allen ihr verfügbaren politischen und rechtlichen Mitteln bei den Organen der Europäischen Gemeinschaften darauf hinzuwirken, daß zukünftig Buttergeschäfte mit der UdSSR und anderen Ostblockstaaten, wie sie 1973 und erst kürzlich wieder getätigt worden sind, unterbleiben;
- darauf hinzuwirken, sofern der EG-Buttermarkt dieses notwendig macht, Butter verbilligt an sozialschwache Bürger in den Mitgliedstaaten der EG abzugeben und ein Butterschmalzprogramm langfristig wieder durchzuführen;
- im Interesse der deutschen Landwirtschaft, deren Einkommen nach Angaben der Bundesregierung im Wirtschaftsjahr 1976/1977 um 6 v. H. voraussichtlich sinken wird, keinen EG-Agrarpreisbeschlüssen zuzustimmen, die zu einer realen oder gar nominalen Senkung des deutschen Agrarpreinsniveaus führen;
- darauf hinzuwirken, daß es bei den laufenden EG-Agrarpreisverhandlungen nicht zu einem ökonomisch ungerechtfertigten Abbau des deutschen Grenzausgleichs kommt;
- im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung darauf zu achten, daß es nicht zu einem weiteren Mißverhältnis zwischen der Maßnahmenförderung im Bereich „Agrarstrukturverbesserung und Küstenschutz“ und anderen Aufgaben kommt, wodurch die sich ohnehin schon abzeichnende Stagnation im Bereich der Agrarstrukturverbesserung noch weiter verschärft wird.

Bonn, den 16. März 1977

Kohl, Zimmermann und Fraktion